

Aktionsbündnis Urkantone kritisiert Corona-Massnahmen

Das «Aktionsbündnis Urkantone für eine vernünftige Corona-Politik» stellt Forderungen an Bund und Kantone.

Aus Protest gegen die verschärften Corona-Massnahmen haben sich Gruppen und Einzelpersonen aus der Innerschweiz im «Aktionsbündnis Urkantone für eine vernünftige Corona-Politik» zusammengeschlossen. Es handle sich um eine wachsende und gut vernetzte Gruppe von über 200 Menschen, die sich kritisch mit der Corona-Politik auseinandersetzen, heisst es in einer Mitteilung von gestern. «Das Aktionsbündnis ist über die vergangenen Monate stets gewachsen», sagt der Sprecher des Aktionsbündnisses Urkantone, Josef Ender, Ibach, auf Anfrage.

Wie Ender weiter sagt, wird das Bündnis durch Mitgliederspenden finanziert. Das Aktionsbündnis tritt diese Woche mit Inseraten in Medien in den Kantonen Schwyz, Uri, Ob- und Nidwalden an die Öffentlichkeit. Illustriert werden die Inserate mit einem Gruppenbild von Unterstützern mit dem Motto «Mensch sein! Gesicht zeigen!».

Es gäbe keinen Nachweis für die Wirkung der Massnahmen

Kritisiert wird die Corona-Politik des Bundesrates und der Kantonsregierungen. Diese Politik basiere auf bedeutungslosen «Fallzahlen», bei denen es sich nur um PCR-Testpositive handle, und auf dem massenhaften Testen von Gesunden und Symptomlosen. Es gebe keinen Nachweis dafür, dass die bisher getroffenen einschränkenden Massnahmen wie Lockdown oder Maskenpflicht eine relevante Wirkung hätten. «Die massiven Einschränkungen der Grundrechte, des sozialen und kultu-



Ohne Abstand und ohne Maske: Das «Aktionsbündnis Urkantone für eine vernünftige Corona-Politik» hat sich überparteilich und unter dem Motto «Mensch sein! Gesicht zeigen!» zusammengeschlossen.

Bild: PD

rellen Lebens und die verheerenden Auswirkungen auf die Wirtschaft sind unverhältnismässig, übertrieben, kontraproduktiv und schädlich», heisst es in der Mitteilung weiter.

Bündnis fordert das schwedische Modell

Das Aktionsbündnis fordert den Stopp «der unsinnigen und schädlichen

Massnahmen und stattdessen die Anwendung des schwedischen Modells». Dafür ziehen sie ein Zitat des Berner Professors und Immunologen Beda M. Stadler hinzu: «Risikogruppen schützen und alle anderen in Ruhe lassen.» Man setze auf Augenmass, gesunden Menschenverstand und Eigenverantwortung. «Unser Land darf nicht wegen einer Infektionskrankheit, die un-

abhängige Mediziner und Epidemiologen mit einer mittelschweren Grippe vergleichen, in ein Gefängnis verwandelt werden.»

Das Aktionsbündnis Urkantone setzt sich aus allen politischen Lagern zusammen. «Uns ist es wichtig, den Dialog herzustellen, denn dieser findet zu wenig statt», sagt Ender. «Wir fordern eine freie Diskussion und sachli-

Diethelm will Auskunft zu Spital-«Propaganda»

Kanton SVP-Kantonsrat Bernhard Diethelm, Vorderthal, hat zwei Interpellationen zu Covid-19 eingereicht. Diethelm will von der Regierung genaue Angaben über die Anzahl der insgesamt gemachten Tests, der erkrankten Testpositiven mit/ohne Symptome, die Anzahl der testpositiven Hospitalisierungen mit/ohne Symptome und die Anzahl der verstorbenen Testpositiven mit/ohne Symptome.

Das durch den Spital Schwyz veröffentlichte Video klassiert Diethelm als «regelrechte Propaganda» im Sinne «der Panikmache». Er will dazu von der Schweizer Regierung wissen, von wem die Initiative zu diesem Video ausging, wer das Video in Auftrag gegeben und wer es bezahlt hat. «Gibt es Konsequenzen für ein derartiges Fehlverhalten der Spitalführung Schwyz vonseiten der Departementsleitung oder der Regierung?» (see)

che Aufklärung der Bevölkerung.» Das Aktionsbündnis Urkantone kritisiert die Stimmungsmache gegen Kritiker, die heute noch den Mut haben, in der Öffentlichkeit zu ihrer Meinung zu stehen. Das Bündnis unterstützt das Notrecht-Referendum der «Freunde der Verfassung» und rufen dazu auf, dieses Referendum gegen das Covid-19-Gesetz zu unterschreiben. (see)